

Ein Artikel in der NEW YORK TIMES lässt vermuten, dass die Obama-Regierung die fünf Guantánamo-Häftlinge, denen die Planung der Anschläge am 11. September 2001 angelastet wird, nach ungeprüften Schuldbekennnissen ohne langen Prozess möglichst schnell hinrichten will.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 130/09 – 13.06.09**

Die USA könnten Schuldbekennnisse über Kapitalverbrechen in den zum 11.9. anhängigen Fällen zulassen

Von William Glaberson

NEW YORK TIMES, 05.06.09

(<http://www.nytimes.com/2009/06/06/us/politics/06gitmo.htm>)

Die Obama-Regierung zieht eine Änderung des Gesetzes über die Militärkommissionen in dem Gefängnis in der Guantánamo Bay auf Kuba in Betracht; dann hätten Häftlinge, die mit der Todesstrafe rechnen müssen, die Möglichkeit, sich auch ohne vollständigen Prozess schuldig zu bekennen.

Die geplante Änderung würde den militärischen Anklägern die Möglichkeit eröffnen, die Enthüllung von Details über brutale Verhörtechniken zu vermeiden. Die fünf Häftlinge, denen die Anschläge am 11. September zu Last gelegt werden, erhielten dadurch die Möglichkeit, durch ein Schuldbekennnis ihr erklärtes Ziel, den Märtyrertod, (schneller) zu erreichen.

Der Vorschlag, der als Gesetzentwurf dem Kongress vorgelegt werden soll, ist bisher nicht veröffentlicht worden. Er zirkulierte mit der Verpflichtung zur Geheimhaltung nur unter Offiziellen. Menschen die ihn gelesen haben oder darüber informiert wurden, teilten mit, er sei Verteidigungsminister Robert M. Gates von einer Sonderkommission für Inhaftierung vorgelegt worden.

Der Vorschlag würde der Regierung die schwierige Aufgabe erleichtern, Häftlinge, die gestanden haben, Terroristen zu sein, denen ihre Verbrechen aber schwer nachzuweisen sind, trotzdem zu verurteilen. Viele der Beweise gegen die Männer, denen die Anschläge am 11. September vorgehalten werden, und gegen andere Häftlinge stammen wahrscheinlich aus Geständnissen, die bei Folterverhören in geheimen CIA-Gefängnissen abgelegt wurden. In jedem Prozess würde die Glaubwürdigkeit dieser Geständnisse angezweifelt; das erschwert die Verfahren und erzeugt neuen politischen Druck wegen der (Folter-)Behandlung der Häftlinge.

Einige Experten in den (Militär-)Kommissionen sind der Meinung, dieser Vorschlag werde neue Fragen zur Fairness eines Systems aufwerfen, das vor allem deshalb kritisiert wurde, weil es schnelle Verurteilungen durch verkürzte Verfahren ermöglicht.

David Glazier, ein Gastprofessor an der Loyola Law School in Los Angeles, der das System der Militärkommissionen untersucht hat, sagte zu dem Vorschlag: "Das halte ich für den ungeeigneten Versuch, sich eines Problems auf möglichst leichte Art und Weise zu entledigen, indem man Häftlinge (denen man nichts nachweisen kann) veranlasst, ein Schuldeingeständnis abzulegen, damit man die Möglichkeit erhält, sie zu exekutieren. Ich denke, dass unsere internationale Glaubwürdigkeit sehr darunter leiden würde."

Der Gesetzentwurf enthält noch weitere Gesetzesänderungen; das enthüllten Regierungsvertreter letzten Monat, als Obama bekannt gab, er werde die umstrittenen Militärkommissionen beibehalten, allerdings mit verbesserten Rechten für die Häftlingen. Es ist nicht bekannt, ob das Weiße Haus auch die vorgeschlagene Änderung bei der Verhängung der Todesstrafe gebilligt hat. Ein Sprecher des Weißen Hauses wollte sich dazu nicht äußern.

Der Vorschlag würde einer Empfehlung der militärischen Ankläger folgen, die gern eine Unklarheit in dem Gesetz aus dem Jahr 2006 beseitigt hätten, mit dem die Militärkommissionen eingerichtet wurden. In dem Gesetz ist nicht geklärt, ob Schuldbekennnisse auch in Fällen gelten, in denen die Todesstrafe droht. Zivile Bundesgerichte und Gerichte in den meisten Staaten, in denen es die Todesstrafe noch gibt, lassen solche Schuldbekennnisse zu.

Aber das amerikanische Militärgerichts-Gesetz, aus dem die Vorschriften für die Militärkommissionen abgeleitet sind, gibt Angehörigen der Streitkräfte, denen die Todesstrafe droht, nicht die Möglichkeit von Schuldbekennnissen (zur Abkürzung des Verfahrens). Um ein faires Verfahren auch bei drohender Todesstrafe zu sichern, sind die militärischen Ankläger verpflichtet, auch dann die Schuld der Angeklagten zu beweisen, wenn diese sich schuldig bekennen wollen.

Während einer Verhandlung, die im Dezember in Guantánamo stattfand, haben die fünf Häftlinge, denen vorgeworfen wird, die Anschläge am 11. September koordiniert zu haben, geäußert, dass sie sich schuldig bekennen wollen. Die militärischen Ankläger waren bereit, die Schuldbekennnisse zu akzeptieren. Die Verteidiger argumentierten aber, dass die Schuldbekennnisse nach den Bestimmungen des Militärrechts nicht zulässig seien. Der Militärrichter hat noch keine Entscheidung getroffen.

Rechtsanwälte, die nach den Änderungsvorschlägen der Regierung befragt wurden, gaben an, dass sie auch für die zum 11. September anhängigen Verfahren gelten sollten.

"Sie versuchen den wegen des 11.9. Angeklagten das zu geben, was die wollen: Sie sollen sich schuldig bekennen dürfen, damit sie ohne Prozess zum Tod verurteilt werden können," sagte Maj. (Major) David J. R. Frakt von der Air Force, einer der Verteidiger in Guantánamo.

Die Verfahren vor den Militärkommissionen sind seit Januar unterbrochen, bis die Regierung über das weitere Vorgehen entschieden hat. Der einzige Fall, in dem Militärrichter die Todesstrafe verhängen können, ist das Verfahren gegen die fünf Häftlinge, denen die Planung der Anschläge am 11. September vorgeworfen wird; zu ihnen gehört auch Khalid Shaikh Mohammed, der von sich behauptet, der Chefplaner gewesen zu sein.

Cmdr. (Kommodore) Suzanne M. Lachelier, eine Rechtsanwältin der Navy, die Ramzi Bin al-Shibh, einen der Häftlinge in dem Verfahren zum 11. September, vertritt, äußerte zu den Absichten der Obama-Regierung: "Die Häftlinge sollen zum Märtyrertod ermutigt werden."

Die Regierung hat noch nicht bekannt gegeben, ob sie das Verfahren zum 11. September vor einer Militärkommission fortsetzen oder einige der Männer vor einem Bundesgericht anklagen wird. Prozessbeteiligte äußerten, dass nach Ansicht der Anwälte vier der Männer vor einem Bundesgericht angeklagt werden könnten, während die Beweise gegen Walid Bin Attash, den fünften – einen ehemaligen Jihad-Kämpfer, der unter dem Namen Khallad bekannt wurde – nicht für eine Anklage vor einem Bundesgericht ausreichen könnten.

Dean Boyd, ein Sprecher des Justizministeriums, teilte mit, es sei noch nicht entschieden worden, wo die Männer angeklagt werden sollen. Erst müsse über die Gesetzesvorlage diskutiert werden. Er fügte hinzu: "Wie der Präsident bereits angekündigt hat, arbeitet die Regierung eifrig an möglichen Gesetzesänderungen zum gegenwärtigen System der Militärkommissionen."

Ein dem Kongress vorgelegter Gesetzentwurf über eine Änderung der Regeln für die Militärkommissionen könnte zu einer neuen Debatte über den Umgang mit Terrorverdächtigen führen. Die Regierung streitet sich bereits mit dem Kongress über die Finanzierung des Obama-Plans, das Lager Guantánamo im Januar (nächsten Jahres) zu schließen.

In dem Verfahren zum 11. September wollen die fünf Häftlinge die USA dazu bringen, sie zum Tod zu verurteilen; sie sind stolz auf ihre Taten und sehen sie als Teil des Jihads (des Heiligen Krieges) gegen Amerika, das sie als "Terroristenstaat" und Verbündeten "der dreckigen Juden" bezeichnen.

Im Dezember hatte der Militärrichter Col. (Oberst) Stephen R. Henley von den Rechtsanwälten schriftliche Stellungnahmen zu der Frage gefordert: "Kann sich ein Angeklagter in einem Verfahren vor einer Militärkommission eines Kapitalverbrechens schuldig bekennen?"

Die militärischen Ankläger gingen davon aus, dass der Kongress die erklärte Absicht hat, für Guantánamo-Häftlinge auch bei drohender Todesstrafe Schuldbekennnisse zuzulassen. Sie stellten fest, dass ein Häftling (nach den derzeit geltenden Vorschriften) nur nach einem einstimmigen Beschluss eines Gremiums von Militärrichtern zum Tod verurteilt werden kann.

Kritiker des Systems der Militärkommissionen sagen, weil bereits darüber gestritten werde, ob es überhaupt fair sei, rufe jede (von einer Militärkommission) angeordnete Hinrichtung neues Unverständnis in der Welt hervor. Sie fordern die Ankläger auf, Beweise dafür vorzulegen, das jeder der exekutiert werden soll, die Verbrechen, die im vorgeworfen werden, auch wirklich begangen hat.

Wenn die Ankläger zu enthüllen hätten, was sie über die Häftlinge wissen und wie sie es erfahren haben, müssten sie nicht nur Auskunft über die Verhörtechniken geben, die bei den mit der Todesstrafe bedrohten Männern angewandt wurden, sondern auch über die ihnen vorgehaltenen Terrorakte, sagte Denny LeBoeuf, ein Rechtsanwalt der American Civil Liberties Union (der Amerikanischen Union für Bürgerrechte), der sich mit der Todesstrafe für Guantánamo-Häftlinge beschäftigt.

"Müssen wir als Gesellschaft nicht ein Interesse daran haben, dass die vorgelegten Beweise in einem (ordentlichen) Prozess überprüft werden, damit wir ein wirklich zuverlässiges Bild über die tatsächlichen Vorgänge erhalten?" fragte LeBoeuf.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Erläuterungen in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Nach dem wissenschaftlich gesicherten Nachweis, dass die Türme des World Trade Centers am 11. September 2001 mit Thermit gesprengt wurden (s. <http://www.luftpost->

kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP08809_170409.pdf), wird ein Prozess gegen angebliche muslimische Attentatsplaner immer riskanter. Wenn sie ihre unter Folter erpressten "Geständnisse" widerrufen würden, ließe sich die Suche nach den wahren Hintermännern dieser Terrorakte kaum noch länger aufschieben.

Weil die Beschuldigten nach wochenlangen grausamen Folterungen in Guantánamo sogar Verbrechen gestanden haben, die ihnen überhaupt nicht angelastet wurden (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Chalid_Scheich_Mohammed), ist zu vermuten, dass sie aus purer Verzweiflung über die unerträglichen Qualen mit "umfassenden Geständnissen" nur noch ihren schnellen Tod erzwingen wollten.

Die Obama-Regierung beabsichtigt offensichtlich, Khalid Shaikh Mohammed, Ramzi Bin al-Shibh und andere "Verdächtige" auf Grund erpresster Schuldbekennnisse ohne juristisch stichhaltige Schuld nachweise möglichst schnell exekutieren zu lassen. Das ist nun allerdings das nicht durch Folter erpresste Geständnis, dass Obama, die Verbrechen der Bush-Administration keinesfalls aufklären will, sondern mit völlig untauglichen Mitteln zu vertuschen versucht. Gleichzeitig ist es der endgültige Beweis dafür, dass der versprochene "Change" nie gewollt, sondern nur vorgeschoben war, um einen unbelasteten Politiker an die Macht zu hieven, der die rechtswidrige Machtpolitik der USA nur besser verkaufen soll.

The New York Times

U.S. May Permit 9/11 Guilty Pleas in Capital Cases

By WILLIAM GLABERSON
Published: June 5, 2009

The Obama administration is considering a change in the law for the military commissions at the prison at Guantánamo Bay, Cuba, that would clear the way for detainees facing the death penalty to plead guilty without a full trial.

The provision could permit military prosecutors to avoid airing the details of brutal interrogation techniques. It could also allow the five detainees who have been charged with the Sept. 11 attacks to achieve their stated goal of pleading guilty to gain what they have called martyrdom.

The proposal, in a draft of legislation that would be submitted to Congress, has not been publicly disclosed. It was circulated to officials under restrictions requiring secrecy. People who have read or been briefed on it said it had been presented to Defense Secretary Robert M. Gates by an administration task force on detention.

The proposal would ease what has come to be recognized as the government's difficult task of prosecuting men who have confessed to terrorism but whose cases present challenges. Much of the evidence against the men accused in the Sept. 11 case, as well as against other detainees, is believed to have come from confessions they gave during intense interrogations at secret C.I.A. prisons. In any proceeding, the reliability of those statements would be challenged, making trials difficult and drawing new political pressure over detainee treatment.

Some experts on the commissions said such a proposal would raise new questions about the fairness of a system that has been criticized as permitting shortcuts to assure convictions.

David Glazier, an associate professor at Loyola Law School in Los Angeles who has written about the commission system, said: "This unfortunately strikes me as an effort to get rid of the problem in the easiest way possible, which is to have those people plead guilty and presumably be executed. But I think it's going to lack international credibility."

The draft legislation includes other changes administration officials disclosed last month when President Obama said he would continue the controversial military commission system with changes that would increase detainees' rights. It is not known whether the White House has approved the proposed death penalty provision. A White House spokesman declined to comment.

The provision would follow a recommendation of military prosecutors to clarify what they view as an oversight in the 2006 law that created the commissions. The law did not make clear if guilty pleas would be permitted in capital cases. Federal civilian courts and courts in most states with capital-punishment laws permit such pleas.

But American military justice law, which is the model for the military commission rules, bars members of the armed services who are facing capital charges from pleading guilty. Partly to assure fairness when execution is possible, court-martial prosecutors are required to prove guilt in a trial even against service members who want to plead guilty.

During a December tribunal proceeding in Guantánamo, the five detainees charged with coordinating the Sept. 11 attacks said they wanted to plead guilty. Military prosecutors argued that they should be permitted to do so. Defense lawyers argued that tribunals should follow American military law and bar the guilty pleas. The military judge has not yet made a decision.

Lawyers who were asked about the administration's proposed change in recent days said it appeared to be intended for the Sept. 11 case.

"They are trying to give the 9/11 guys what they want: let them plead guilty and get the death penalty and not have to have a trial," said Maj. David J. R. Frakt of the Air Force, a Guantánamo defense lawyer.

The military commission system has been effectively halted since January while the administration considers its options. The only death penalty case now before a military judge is the case against the five detainees charged as the planners of the Sept. 11 attack, including the self-proclaimed mastermind, Khalid Shaikh Mohammed.

Cmdr. Suzanne M. Lachelier, a Navy lawyer for one of the detainees in the Sept. 11 case, Ramzi Bin al-Shibh, said of the Obama administration, "They're encouraging martyrdom."

The administration has not announced whether it will continue with the Sept. 11 case in the military commissions or charge some of the men in federal court. Officials involved in the process said that lawyers reviewing the case have said that federal-court charges against four of the men might be possible, but that the evidence might be too weak for a federal court case against one of the five, Walid Bin Attash, a veteran jihad fighter who was known as Khallad.

Dean Boyd, a Justice Department spokesman, said no decisions had been made about where the men would be prosecuted. Mr. Boyd said it was premature to discuss any legislative proposals. But, he said, "As the president has said, the administration is working diligently to identify possible legislative amendments to the current military commission system."

A bill presented to Congress seeking changes in the commissions could open a new debate about the system for trying terrorism suspects. The administration is already in a standoff with Congress over financing for Mr. Obama's plan to close the Guantánamo prison by January.

In the Sept. 11 case, the five detainees have seemed to be daring the United States to put them to death, expressing pride in their acts of what they call jihad against America, which they described as "the terrorist country," and its allies, "the filthy Jews."

In December, the military judge, Col. Stephen R. Henley, ordered written arguments from lawyers. "Can an accused plead guilty," Colonel Henley asked, "to a capital offense at a military commission?"

The military prosecutors argued that Congress had a "clear intent" to permit guilty pleas in death penalty cases at Guantánamo. They note that a detainee could be sentenced to death only after a unanimous vote by a panel of military officers.

Critics of the military commission system say that the battles over its fairness show that any execution would bring new scrutiny around the world. They say the prosecutors should be required to present evidence proving that anyone who is to be executed was actually guilty of the crimes charged.

Requiring prosecutors to reveal what they know about detainees and how they know it would cast light both on the interrogation techniques used against the men and the acts of terrorism for which they are facing death, said Denny LeBoeuf, an American Civil Liberties Union lawyer who works on Guantánamo death penalty issues.

"Don't we have an interest as a society," Ms. LeBoeuf asked, "in a trial that examines the evidence and provides some reliable picture of what went on?"

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern